

Fabian Stoffel
Fraktionsvorsitzender

Kreisverband Herford
Radewiger Straße 10
32052 Herford

Telefon 05221 - 174 90
72
Telefax 05221 - 174 90
73

fabian.stoffel@
dielinke-herford.de

Herford, den 20. November 2018

Antrag zur Vermeidung von Stromsperren

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Herford stellt folgenden Antrag an den Kreistag, über den im Rahmen der Verabschiedung des Kreishaushaltes für 2019/20 begleitend zu beschließen ist:

Der Kreistag des Kreises Herford möge beschließen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt Schritte einzuleiten, um das „Saarbrücker-4-Punkte-Modell“ zur Verminderung von Stromsperren im Kreis Herford umzusetzen. Dazu wird die Verwaltung beauftragt mit dem Grundversorger E.ON, dem Netzbetreiber WWE, dem Jobcenter des Kreises Herford, den Sozialbehörden und Vertretern der Träger von Schuldnerberatungen in Kontakt zu treten und eine Kooperation im Sinne des „Saarbrücker-4-Punkte-Modell“ zu ermöglichen.

Begründung:

Laut Daten der Bundesnetzagentur werden jährlich zwischen fünf und sieben Millionen Haushalten Stromversorgungsunterbrechungen angedroht. Über 300.000 Haushalten wird jährlich tatsächlich der Strom abgedreht.

Die Strompreise sind in den vergangenen Jahren rapide gestiegen. Für Millionen von Privathaushalten mit niedrigen Einkommen ist das eine enorme Belastung. Die Regelsätze für Energieversorgung in den Sozialleistungen entsprechen in keinsten Weise den Entwicklungen auf dem Energiemarkt und reichen nicht aus. Kein Haushalt kann ohne Strom auskommen. Beleuchtung, Kühlschrank und Informationstechnologie sind aus dem Alltag nicht wegzudenken. Für die Fraktion DIE LINKE ist die Versorgung mit Strom eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben.

Das „Saarbrücker-4-Punkte-Modell“ bietet ohne erheblichen finanziellen Mehraufwand die Möglichkeit, Stromsperren vorzubeugen, indem eine enge Verknüpfung zwischen Sozialbehörden und Stromanbieter bereits vor der Stromsperre ansetzt und damit die Möglichkeit bietet bereits vor der Abschaltung aktiv zu werden.

Das Saarbrücker Modell basiert auf einer Einwilligungserklärung des Sozialleistungsempfängers, die einen Datenaustausch zwischen dem Versorger und dem zuständigen Jobcenter ermöglicht. Dadurch wird dem Energieversorger erlaubt, das Jobcenter zu informieren, wenn dem Kunden eine Stromsperre droht. Auch auf Landesebene wird das Modell seit mehreren Jahren im Saarland angewendet. Ein erstes Monitoring kam zu dem Ergebnis, dass zwischen Juli 2015 und Juni 2016 im Saarland knapp 88 000 Stromsperren angedroht, aber nur ein Prozent davon umgesetzt wurden.

Mit freundlichen Grüßen

Fabian Stoffel
Fraktionsvorsitzender

—

—

—